

Geschäftsstelle und Redaktion:  
Dresden - A. 16, Holbeinstraße 46

Fernsprecher 21358  
Postfachkonto Leipzig Nr. 14797

# Sächsische Volkszeitung

**Wegpreis:** Ausgabe A mit Mult. Beilage vierteljährlich 2,85 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 3,00 M. - Ausgabe B vierteljährlich 2,55 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 3,00 M. - Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Sonntagen nachmittags. - Sprechstunden der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vormittags.

**Anzeigen:** Remise von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. - Preis für die Zeitungszeile 40 J. im Restemittel 1 M. Familien-Anzeigen 30 J. - Für unbenutzte geschriebene, sowie durch Fernsprecher ausgegebene Anzeigen können wir die Verantwortung für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

## Der Worte sind genug gewechselt

Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter

Seit den Tagen der Revolution gehen, anfänglich bildend, dann flehend und beschwörend und schließlich mahnend, warnend, ja sogar drohend die Aufforderungen zur wertvollen Arbeit ins Land und Volk hinaus. Der Erfolg ist bis heute gleich Null. Tag für Tag wird es mit durchaus zutreffenden Worten und Begründungen wiederholt, in welcher schrecklicher wirtschaftlicher Lage wir uns befinden und welcher Verantwortung jedes einzelnen wir bedürfen, um aus dem wirtschaftlichen Chaos unserer Tage herauszukommen. Es hilft aber alles nichts. Die Zertrümmerung der wirtschaftlichen Werte, die uns noch verblieben sind, nimmt weiter ihren Fortgang. Wir sehen Tag für Tag den Rest an wertvollen Reserven sich vermindern und mit fast absoluter Sicherheit ist der Zeitpunkt unseres völligen Zusammenbruchs zu berechnen.

Mit Worten kommen wir nicht mehr weiter. Man muß dem Verfasser der kürzlich an dieser Stelle erschienenen Ausführungen durchaus zustimmen, wenn er erklärte, daß ohne ein gesetzgeberisches Vorgehen zur Sicherstellung der Arbeitsleistungen, ohne ein Streikgesetz unser Wirtschaftsleben nicht mehr auskommen kann.

Welchen Zuständen wir zutreiben, kann unserem Volke nicht oft und eindringlich genug vor Augen geführt werden. Man kann auch nicht oft genug auf den ungeheuren Ernüchterungsvorgang hinweisen. Denn hier handelt es sich um Dinge, die gar nicht ernst genug betrachtet werden können. Auf einen wirtschaftlichen Zusammenbruch folgt der politische unumkehrbar hinterher. Für diese Erfahrung bietet die Geschichte zahlreiche erschütternde Beispiele. Zumal bei Völkern, welche am Grabe stolzer Hoffnungen eine die Wurzeln ihrer militärischen, politischen und wirtschaftlichen Kräfte berührende Niederlage auf dem Schlachtfelde erlitten haben.

Das Bild, welches die Beurteilung der Wirtschaftsvorgänge im öffentlichen Leben darbietet, hat sich gegenüber der vorrevolutionären Zeit vollständig gewandelt. Die heftige Kritik, welche von sozialistischer Seite immer wieder an diesen Dingen geübt wurde, ist verstummt. Jetzt, da an den sozialistischen Schultern in der Hauptstadt die Verantwortung für das Staatsgeschick liegt, wird man sich bemühen, daß mit niederreichender Kritik kein Aufbau und zumal nicht in dem komplizierten Wirtschaftsleben eines Volkes zu erreichen ist. Wir finden daher augenblicklich gerade im sozialistischen Lager die schärfsten Kritiker der gegenwärtigen Zustände. Die hundertfachen Beispiele können um ein besonders drastisches durch das Zeugnis des „Vorwärts“-Redakteur Erwin Barth vermehrt werden, der vor einigen Tagen in einer Versammlung sozialdemokratischer Parteifunktionäre folgendes ausführte: „Der Zusammenbruch unserer Wirtschaft ist da. Wir haben seit dem vorigen November mehr verzehrt, als erzeugt werden ist. Diese traurige Tatsache spiegelt sich in dem ständigen Sinken der Valuta wieder. Das Ausland hat kein Vertrauen mehr zu uns. Hierzu kommt die Arbeitslosigkeit. In dieser Frage aber muß man den Ursachen auf den Grund gehen. Es ist tieftraurig und unbefriedigend, daß weitestverbreitete Kreise nicht den genügenden Schatz für Leib und Leben haben. In den Seminarsdörfern herrschen die Arbeitswilligen von den Terroristen mit der Drohung aus den Werkstätten gejagt worden: „Wer nicht in einer halben Stunde die Bude verlassen hat, dem wird der Schädel eingeschlagen. Wir haben eine beispiellose Schweinerei in Deutschland. Die Konterrevolution von links droht und sie droht von rechts. Es fragt sich nur, wer schneller arbeitet. Es wird eine Zeit kommen, in der keiner mehr nach Unabhängigen, Kommunisten oder Sozialdemokraten oder sonst einer Partei fragen wird; sondern zu der Partei halten wird, die uns aus dem Elend herauszieht. Jetzt werden unsere Partei und die in der Regierung sitzenden Genossen für alle Fälle Schweinereien verantwortlich gemacht. Und man muß eins bedenken: Es gibt keine Revolution, die nicht mit einer Diktatur geendet hat. Was tun wir, um unsere politische Freiheit zu retten? Jetzt ist die Stunde für uns gekommen, die Bügel anzuziehen. Und die Mittel, die wir einschlagen müssen, muß, wenn es notwendig ist, mit Bajonettspitzen gegen links und rechts gesichert werden. Denn nicht die Partei ist das Böse, sondern unser Volk!“

Wer die Lage zu übersehen imstande ist, weiß, daß der Sprecher dieser Worte den gegenwärtigen Wirtschaftszustand durchaus richtig charakterisiert. Es ist aber nicht überflüssig, darauf hinzuweisen, daß gerade die Sozialdemokratie im Grunde am allerwenigstens Anlaß hat, sich über die Ent-

wicklung der Dinge bis zum heutigen Stadium zu beschweren. Sie selbst war es, welche in Tausenden und Abertausenden der rückfälligen Parteiverbände dienenden agitatorischen Versammlungen den arbeitenden Massen den Stimmeln auf Erden versprochen hat, wenn erst einmal der sozialdemokratische Zukunftsstaat Wirklichkeit geworden sei. Nun aber können diese Versprechungen von den Führern, welche das Schicksal des republikanischen Staates zu leiten haben, nicht erfüllt werden. Der ausgesetzte Wechsel der Zukunft bleibt ungelöst und hier ist der tiefere Grund für die Wirtschaftslage und für die unverkennbare und immer weiter-schreitende Radikalisierung der Massen zu finden.

Diese Radikalisierung nimmt immer drohendere Formen an. Die äußerste linke Seite macht aus ihrem Bestreben von Worten zu Taten überzugehen, gar keinen Hehl. Sie bauen auf die Verzweiflung, die ein Winter der Arbeitslosigkeit und der Not mit sich bringen muß. Schon hören wir, daß man in Bayern im Winter mit etwa 4 Millionen Arbeitslosen rechnen. Mit einer solchen Masse, entsprechend parteipolitisch mitgespielt, kann man alles machen. Die Radikalen wissen ganz gut, weshalb sie jetzt schon und zwar auf dem Wege zur weiteren Zerrüttung unserer Wirtschaftsbasis, den Boden vorzubereiten suchen, den sie später zum Tummelplatz ihrer eigenen Wünsche und Bestrebungen machen wollen. Die Vernichtung des gegenwärtigen Wirtschaftssystems ist ja überhaupt das oberste Ziel der Unabhängigen und Kommunisten. So fordert jetzt der Arbeiterrat der Arbeitslosen Groß-Berlins in aller Öffentlichkeit auf, seine freizuerwerbenden oder als frei nachgewiesene Arbeitsstelle anzunehmen. Die Gelder der Bürger, die Gelder der Allgemeinheit sollen allein zur Unterhaltung der Arbeitslosen verwendet werden, die aus ihrer Arbeitslosigkeit einen Beruf machen.

Eine Regierung, die hiergegen nicht einschreitet, gräbt sich selbst ihr Grab und sie würde ihren Untergang verdienen. In Existenzfragen gibt es keine Sentimentalität, am wenigsten wäre sie aber angebracht, wenn es sich um das Schicksal eines 6 Millionen Volkes handelt. Auch die Regierung muß überreichen von Worten zu Taten übergehen. Die Not der Zeit verlangt es gebieterisch, daß auch die Nationalversammlung zu diesen Dingen das Wort ergreift, und daß sie dafür Sorge trägt, daß unser Volk und unser Wirtschaftsleben endlich einmal Klarheit darüber erhält, ob man gefonnen und fähig ist, für eine mit geeigneten Mitteln durchzuführende Verhütung in unserer Wirtschaft zu sorgen. Ohne sie wird es nicht möglich sein, namentlich die Industrie zu ihrer früheren Leistungsfähigkeit zu bringen und den in der Industrie tätigen Arbeitskräften und ihr angehörigen Existenzprot zu sichern. Der Worte sind genug gewechselt, man lasse man uns jetzt die Taten sehen!

## Reichspräsident Ebert in Dresden

Dresden, 1. September

Reichspräsident Ebert wurde im Ministerium des Innern vormittags 11 Uhr von den Ministern und einem großen Teile der verantwortlichen Beamten der gesamten Landesverwaltungen und den Vertretern der Beamtenausstände begrüßt. Der Stellvertreter des Ministerpräsidenten Minister Uhlig, begrüßte den Reichspräsidenten im Namen der sächsischen Staatsregierung, namens der Volkskammer und des gesamten sächsischen Volkes. Der Besuch sei eine Gewähr dafür, daß die Reichsregierung volles Verständnis dafür habe, daß die einzelnen Reichsteile und besonders Sachsen auch im Einheitsstaate ihre besonderen Bedürfnisse und Eigenarten hätten, die in jeder Weise berücksichtigt werden müßten. Minister Uhlig wies dann auf die politische und wirtschaftliche Lage Sachsens hin, wobei er besonders die schwierigen Ernährungsverhältnisse hervorhob. Weiter dankte er der Reichsregierung, daß sie Mittel zur Förderung der Wohnungsfürsorge zur Verfügung gestellt habe, um dann die Hoffnung auszusprechen, daß das Reich auch bei der Uebernahme der Eisenbahnen berücksichtigen möchte, wie sehr die Einnahmen durch das starke wirtschaftliche Leben Sachsens gefördert worden seien. Er dankte dem Präsidenten dafür, daß er in Weimar in seiner Ansprache in den Einzelstaaten die Quelle unserer Kraft erkannt habe. Am Namen der sächsischen Staatsregierung versicherte er, daß Sachsen trenn zum Reiche halten werde.

Als Antwort auf die Begrüßungsworte des Ministers Uhlig im Ministerium hielt der Reichspräsident folgende Ansprache:

Herr Minister, meine Damen und Herren!

Der Zweck meiner Reise ist, zu versuchen, die Zusammengehörigkeit und die gemeinsame Arbeit unserer einzelnen Länder mit der Reichsleitung zu fördern und mich weiter

durch eigene Anschauungen zu informieren und zu hören, welche Wünsche und Beschwerden manches von diesen Ländern auf der Seele hat. Ich darf sagen, nachdem ich am Abbruch meiner Reise stehe - ich komme aus Süddeutschland -, daß sie notwendig und zweckmäßig war. Es sind manche Mißverständnisse aus dem Wege geräumt worden; ich habe manche Anregungen empfangen die zweifellos geeignet sind, das engere Zusammenwirken von Reich und Einzelstaaten zu fördern. Ueberall aber ist mir der Gedanke entgegengekommen, daß alles geschlossen, freundlich und trenn zum Reiche und zur Reichseinheit steht.

Meine Herren! Ich freue mich, hier Gelegenheit zu haben, die Vertreter der sächsischen Verwaltung, die Vertreter der Beamten und Angestellten des Staates begrüßen zu können. Mein Herr Vorredner hat schon darauf hingewiesen, wie schwierig es für die Beamten, namentlich für die höheren Beamten, war, sich mit den neuen Verhältnissen abzufinden. Ich bin von jeder tolerant gewesen und achte jede eheliche politische Ueberzeugung und ich habe deshalb volles Verständnis für die schweren inneren Kämpfe, die mancher tapfere Mann in den letzten Monaten mit sich selbst durchgemacht hat, um mit uns gemeinsam am Wohle des Landes und des Reiches zu arbeiten. Ich weiß auch, meine Herren, und habe das vielfach empfunden, daß es unmöglich gewesen wäre, das Schicksal des Landes in ruhige Bahnen zu lenken, wenigstens in so ruhige, wie wir sie bisher hinter uns haben, wenn nicht der Beamtenkörper geschlossen und trenn hinter uns gestanden hätte. Dafür, meine Damen und Herren, kann ich Ihnen allen im Namen des Reiches aus herzlichsten danken.

Ich weiß, daß die Verhältnisse in Sachsen besonders schwierig waren. Nach dem politischen Zusammenbruch hatte der wirtschaftliche Zusammenbruch und ein solcher wird in einem Lande mit so starker Industrie besonders schwer verstanden. Wir haben deshalb auch immer mit besonderer Sorge nach Sachsen gesehen und haben mit Begehrtheit gefunden, daß die Regierung die Lage richtig zu erfassen gewußt hat und daß sie auch, wenn es geboten war, entschlossen einzugreifen wußte. Dafür danke ich der Regierung, und ich benutze die Gelegenheit, auch namens der Reichsregierung ausdrückliche Teilnahme an dem tragischen Geschick, das den ehemaligen Kriegsminister Reuring getroffen hat, auszusprechen.

Die Reichsleitung hat volles Verständnis dafür und wir sind bereit, Sachsen in seinen besonders schwierigen Aufgaben kräftig zu unterstützen. Es fällt uns nicht ein, das Eigenleben der Einzelstaaten in eine Art spanischen Stiefels einzuschleusen. Wir haben auch nie verkannt, wie wichtig die Pflege der Kultur der einzelnen Länder für das Gesamtinteresse des Reiches ist. Die Wünsche, die Herr Minister Uhlig hier ausgeprochen hat, sollen vom Reiche beachtet und nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Was uns aber jetzt vor allem nottut, das ist Klarheit darüber, daß wir den schweren Wintermonaten, die uns bevorstehen, nur gewachsen sein können, wenn wir alle bis auf den letzten noch einmal unser Bestes einsetzen für unser Land und für das Reich.

Ich vermute, es ist aber eins, das jeder Arbeiter und Staatsbürger einsehen wird, daß Arbeit nun einmal die Grundlage unseres Wirtschaftslebens ist. Jeder, der an diesen Grundlagen rüttelt, oder den Wirtschaftsfrieden zu unterbinden vermag, hat mit dem schärfsten Widerstand der Reichsregierung und der Gesamtheit des Landes zu rechnen. Deshalb glaube ich auch, daß es uns gelingen wird, diese letzte große Schwierigkeit zu überleben. Wir werden es nicht leicht haben in der Zukunft; wir werden vieles und manches überleben müssen; wir werden alle hart und fleißig und mit Ausgabe aller Kräfte arbeiten müssen, aber dann wird es uns auch gelingen, Deutschland einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

Während der Dampfahrt von Pillnitz nach Reichen ergriff bei einem Anhalt, das an Bord des Dampfers gegeben wurde, Minister Uhlig das Wort, um nunmehr den Präsidenten Ebert persönlich zu begrüßen. Redner hob die große Bedeutung des Ehrentages hervor, als des wirtschaftlichen Landes, das uns mit Wännen verbindet, mit dem wir gute Handelsbeziehungen zu pflegen im Begriff seien. Unser Elbstrom werde uns beim Wiederaufbau gute Dienste leisten. Er hoffe und wünsche, daß der Elbstrom ein einigendes Band mit unseren Nachbarländern werde. Wir hoffen, daß die beiden leitenden Männer der Reichsregierung sich in unserer Mitte wohl fühlen und einen guten Eindruck von unserem Sachsenland erhalten. Der

Minister schloß mit den besten Wünschen für das Wohl der Reichsregierung.

Nach ihm ergriff Minister Roske das Wort zu einer markigen Rede. Er führte etwa aus:

Wir sind durch die schönsten Gegend des deutschen Vaterlandes gefahren und haben unaussprechliche Eindrücke von der Schönheit unseres Landes in uns aufgenommen. Wären alle unsere Landsleute in der Lage gewesen, die Schönheit unseres Vaterlandes so kennen zu lernen, dann wäre der Zusammenbruch kaum so katastrophal erfolgt.

Wir sind ein Land, das die größten Freiheiten der Welt bekommen hat, und viele von uns wissen noch nicht, was sie damit anfangen sollen. Das hat teilweise zu Mißbräuchen der Freiheit und damit zu unerfreulichen Zuständen geführt. Aber wir sind es unserem Volke schuldig, dafür zu sorgen, daß die Diktatur jeder Minderheit mit allen Nachteilen unterdrückt werden muß. Manche unerfreulichen Vorkommnisse sind nur erklärlich aus der Krankheit, in die unser Volk infolge des Krieges geraten ist. Der Krieg hat den Boden geschaffen zu vielen Vorkommnissen, die wir bekämpfen. Das müssen wir uns immer vor Augen halten, wenn wir die jetzigen Zustände betrachten. Aber ich habe festes Vertrauen und den Glauben an die unerschütterliche Gesundheit des guten Kerns unseres Volkes, daß es sich wieder aufrichten wird. Diesen Glauben müssen wir uns erhalten und pflegen. Wir müssen uns vor dem Pessimismus hüten, im Gegenteil, wir müssen Optimisten sein. Nur das gibt uns Kraft, vieles niederzurufen, was sich dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes entgegenstellt. Jeder Deutsche muß sich erfüllen mit diesem glühendsten Optimismus. Dann werden wir alle Widerstände, die sich jetzt noch unserem Streben nach einem besseren Deutschland entgegenwerfen, niederzuwürgen wissen und wieder Zustände herbeiführen, unter denen sich jeder Deutsche des Genusses der neuen Freiheit auch wirklich erfreuen kann. Zum Schluß brachte Minister Roske ein Hoch aus auf eine glückliche Zukunft des freistaates Sachsen.

Die Fahrt von Wilna nach Weihen verlief bei schönstem Wetter. In Weihen begrüßten die Vertreter der Staatsbehörden die Regierungsmitglieder und führten sie nach einem Besuch der staatlichen Porzellanmanufaktur auf die Burgstraße, wo eine kleine Begrüßungsfeier stattfand.

Um 6 Uhr erfolgte die Rückkehr der Gäste aus Weihen nach Dresden und im Anschluß daran ein Besuch des Opernhauses, wo der „Alienane des Länder“ gegeben wurde. Nach Schluß der Vorstellung wurde im Hotel Bellevue im kleinen Saal ein Jubiläum eingenommen. Morgen früh gedenken sich der Reichspräsident Ebert und Reichswehrminister Roske nach Leipzig zu begeben, um der Leipziger Messe einen Besuch abzustatten.

Zum Besuch des Herrn Reichspräsidenten hat Ministerpräsident Dr. Gradnauer aus seinem Ferienaufenthalt folgendes Telegramm an den stellvertretenden Ministerpräsidenten Ullig geschickt:

Es hätte mich außerordentlich erfreut, den Herrn Reichspräsidenten und hochverehrten Freund in Dresden bewillkommen zu dürfen. Ich bedaure sehr, nicht anwesend sein zu können. Meinem Stellvertreter und den anderen Mitgliedern der Regierung wird es eine besondere Ehre sein, den Herrn Reichspräsidenten in ihrer Mitte zu sehen, ihm über die besonderen Verhältnisse unseres Landes Aufschluß zu geben und ihm nach Möglichkeit die Leistungen des sächsischen Landes in Verwaltung und allgemeiner Kultur vorzuführen. Wiederkholt konnte ich in der letzten vergangenen Zeit bemerken, wie sehr der Herr Reichspräsident die besonderen Lebensverhältnisse und die Selbständigkeit der verschiedenen deutschen Länder zu würdigen weiß. Daher habe ich die Zuversicht, daß im Rahmen der neuen deutschen Reichsverfassung die berechtigten Wünsche des sächsischen Volkes auf Erhaltung und Fortbildung seiner wirtschaftlichen Kräfte und seiner wissenschaftlichen und künstlerischen Leistungen beim Reich Anerkennung und Unterstützung finden werden. Das sächsische Volk will seine besonderen Interessen und Eigenarten nur fördern, um dazu beitragen, daß das gemeinsame deutsche Vaterland aus der jetzigen Notzeit sich wieder erhebe und zu neuer Höhe geführt wird. Mit den ergebendsten und besten Grüßen für den Herrn Reichspräsidenten. Dr. Gradnauer, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen.

Auf dieses Telegramm antwortete der Reichspräsident wie folgt:

Minister Ullig hat mir Ihre freundlichen telegraphischen Grüße übermittelt. Ich erwidere sie herzlich. Wenn ich auch aufrichtig bedaure, Sie nicht hier zu treffen, so ist es mir doch eine große Freude, die übrigen Mitglieder der sächsischen Regierung persönlich kennen zu lernen und im angenehmen Gedankenaustausch mit Ihnen mich über die Lebensbedürfnisse Sachsens zu orientieren. Daß ich für die besonderen Verhältnisse und Eigenart der Gliedstaaten und speziell Sachsens, Verständnis habe, ist Ihnen bekannt. Ich betrachte es als eine meiner vornehmsten Aufgaben, die Anforderungen, die das Reich an seine Glieder stellen muß, nach Möglichkeit mit den berechtigten einzelstaatlichen Interessen in Einklang zu bringen, und es war mir eine Freude, dem heute der sächsischen Regierung gegenüber Ausdruck verleihen zu können.

### Das frühere Oesterreich-Ungarn und die Entente

Daß sich die Staatsmänner hinsichtlich der Zukunft, der auf den Trümmern der Habsburger Monarchie zu schaffen, Nationalstaaten überhaupt nicht mehr auskennen, ist eine bekannte Tatsache. Jedoch ist eben viel leichter als auszuweisen. Daß aber, das Wieral sobald nach dem Zusammenbruche der als lebensunfähig erklärten früheren Oesterreich-ungarischen Monarchie eintreten werde, hätte man doch nicht erwartet. — Es gab immerhin einen Nationalstaat, der sich von Oesterreich ohne weiteres hätte lösen können, ohne dadurch das Gefüge der übrigen wirtschaftlich auf einander angewiesenen Länder und Völker zu zerstören. Das war Polen, und vielleicht auch Serbien, insofern sich dieses mit Bosnien und Süditalien begnügt hätte. Die Länder nördlich der Karpathen und Bosnien samt Südbalkanien zueinander. Sie waren für die Erhaltung des wirtschaftlichen Lebens in Wien und Budapest nützlich, aber nicht notwendig. Die Petroleumquellen Galiziens hätten durch diejenigen Rumaniens hinsichtlich der Lieferung ergänzt oder auch ersetzt werden können. Dies wäre eine Sache der Handelsverträge mit dem selbständigen Polen und Rumänien gewesen. Ebenso hätte das galizische Getreide gegebenenfalls durch rumänisches ersetzt werden können und auf den galizischen Salzbergbau ist gerade die Bevölkerung der zahlreichen deutschösterreichischen Alpenländer nicht angewiesen. Anders liegen hingegen die Zustände gegenwärtig, da Deutschösterreich und daß auf die Tiefen beschränkte Ungarn nicht nur auf Lebensmittel aus dem Ausland, sondern selbst auf die Kohle angewiesen sind, die ihnen seitens des Habsburgerreiches verweigert zu werden vermöge. Ungarn war vor der Vertreibung der Monarchie nicht nur ein Kornreiches Land, es hatte auch eine hochentwickelte Viehzucht, die namentlich in Siebenbürgen, in der Slowakei, sowie im Banat vorzügliche Ware lieferte. Gegenwärtig ist aber Ungarns Hauptstadt hinsichtlich des Viehes fast ausschließlich auf die Zufuhr aus den stonitaten westlich der Donau angewiesen, denn die Gebiete östlich von Budapest werden von den Rumänen besetzt, die den gesamten Viehbestand unter ihrer Kontrolle halten. Wie die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschösterreich, namentlich in Wien, stehen ist bekannt. Wien und Budapest sind demnach Großstädte, die von der Entente gleich wie eroberte behandelt zu werden vermögen. Und das politische Auftreten der Staatsmänner in Versailles, sowie auch derjenigen, die den Ententemissionen vorstehen, ist danach gerichtet. Nicht nur die äußere, sondern auch die innere Politik Deutschösterreichs und Ungarns stehen unter der Kontrolle der siegreichen Länder. Würden die bewaffneten Herden des Jaren Nikolaus II. Ende 1914 und anfangs 1915 in Wien und Budapest einmarschiert sein, so hätte sich selbst ein siegreiches Ausland, daß auf den Willen Englands und Frankreichs hätte Rücksicht nehmen müssen, nicht solcherlei Übergriffe in die innere Politik Oesterreichs und Ungarns gestattet, wie dies seitens des siegreichen Nordamerikas der Fall ist. Ein siegreicher Zar Nikolaus II. hätte wohl fast ähnlich wie dies Wilson Ende September und im Mitte Oktober 1918 erklärt hätte, den diplomatischen Grundhieb ausgeprochen, daß mit den Habsburgern und Hohenzollern nicht verhandelt werden dürfe. Einem solchen Ruhland, das sich ähnliche Dreistigkeiten erlaubt hätte, in denen sich gegenwärtig die amerikanische Diplomatie gefällt, wären alle übrigen Staaten alsbald in die Fänge gefallen. Gegenwärtig herrscht aber in gewissen nordamerikanischen Kreisen eine Stimmung des Größenwahns und des Uebermutes, an die selbst die prähistorischen Altsachsen nie heranreichten, als sich der Weltkrieg am günstigsten für das Deutsche Reich zu gestalten schien. Wilson hat die Parole ausgegeben „weder kommunistische Revolution noch Reaktion“. Das mag an sich sehr vernünftig sein; in Wirklichkeit löst sich aber dieses Grundhieb in von Kommunismus zu Grunde gerichteten Ländern nicht durchführen. Die Entente tritt überall für die Wiedergutmachung ein, um ihre Staaten Schaden gelitten haben. Nur bezüglich Ungarns soll dies nicht gelten, gegenüber dem ungeheuren Schaden, den dort die kommunistische Tyrannei an dem Volke und an den Lebensgütern angerichtet. Nordamerika und England haben keine sozialdemokratische Minister. Ungarn sollen aber solche aufgedrängt werden, obgleich der größte Teil der ungarischen Arbeiter und neun Zehntel der ungarischen Bevölkerung, die Bauern, von sozialdemokratischen Ministern nichts wissen wollen, die sehr leicht auf Umwegen, wie die Sozialdemokratie und zuletzt den Kommunismus zu alleinigen Herren Ungarns machen könnten. Die sozialdemokratische Partei in Ungarn und in den übrigen Ländern tritt für die schärfsten bis zur Hungertod Ungarns und Budapests reichenden Maßnahmen ein, um das christliche Ungarn dem Diktate unwissender und düffelhafter amerikanischer Staatsmänner genötigt zu machen. Und dies nennt man Selbstbestimmung der Völker im Sinne Wilsons. Nun ist allerdings England und Frankreich da und hinter ihnen Rumänien, die neben Amerika auch noch etwas bedeuten. Diese Staaten werden wohl nicht geneigt sein, die Willensäußerungen einzelner „amerikanischer“ Staatsmänner, hinter denen jüdische Geldmänner und kommunistische Erpresser stehen, als ein Gebot des Himmels zu betrachten, denn dann müßte sich Wilson und Lansing der Früchte seiner eigenen Politik vor dem christlichen Amerikaner und vor den Christen des gesamten Erdenrundes wirklich schämen. Es kann doch unmöglich als Zweck der amerikanischen Politik in Europa angesehen werden, daß christliche ungarische Volk der Zwangsherrschaft jüdischer Tyrannen auszuliefern, von denen es sich befreien will. Oder herrscht in Washington nicht der Christ Wilson, sondern sein Freund Pulitzer, ein gebürtiger ungarischer Jude, der Herausgeber des amerikanischen Weltblattes „World“, daß allgemein als Sprachrohr Wilsons angesehen wird!

### Die Feier der Schlacht von Tannenberg

Sobenstein, 31. August. Das sächsische Ostpreußen, das heute im Kampf um sein deutsches Volkstum steht und mit aller Macht zum letzten, entscheidenden Schlage, dem Tag der Abstimmung rüstet, feierte am Sonntag den Tag der Schlacht bei Tannenberg.

So wurde der heutige Erinnerungstag an die heißen Augusttage von 1914 denkwürdig in zweierlei Hinsicht, als fünfzigjähriger Abbruch eines waffenstarrten Zeitalters, da heute Süd-Ostpreußen von seinem vor der Auflösung stehen-

den 20. Armeekorps Abschied nahm, jodann als Tag der Sammlung zur Erhaltung seines Deutschtums. Die Wenzelmengen, die mit der Bahn, zu Wagen und zu Fuß nach dem westlich Hohenstein bei Gut Sanden gelegenen Platz geströmt waren, konnte man auf etwa 30000 schätzen. Von den Führern der Schlacht bei Tannenberg konnten der Feldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff wegen Verhinderung, General v. Scholtz wegen Erkrankung und der noch in Gefangenschaft befindliche General v. Mackensen nicht erscheinen.

Auf Hohensteiner Feldmark, wo entscheidende Kämpfe in der Tannenberger Schlacht stattgefunden hatten, wurde die Feier vormittags gegen halb 12 Uhr mit dem Weihenwiesenschen „Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre“, vorgetragen durch die vier vereinigten Altensteiner Musikkorps unter Leitung des Obermusikmeisters Schmidt, eingeleitet. Nach dem allgemeinen Lied „Wir treten zum Beten“ hielten von drei Tribünen herab Redner Ansprachen. Von der Haupttribüne sprach Geheimrat Wißke (Altenstein), von der zweiten Oberpräsident Billig und von der dritten der preussische Zentrumsabgeordnete Dr. Fleischer. Die Redner erinnerten an die glorreichen Taten des Ostheeres im Jahre 1914, an unsere heutige Not an die deutsche Front, die nie so hart erprobt worden sei, wie in diesen Tagen. Der Boden, auf dem man stehe, sei deutsch, mit deutschem Blut gedüngt, von deutschem Schwert gerettet. Deutsch müsse und wolle man bleiben. An die Reden schloß sich der Gesang des Liedes „Großer Gott, wir loben dich“. Die vereinigten Männerchöre der südoberpreussischen Städte brachten darauf einige Vorträge, worauf General Albrecht namens des 20. Armeekorps die Mittagsfeier der Schlacht bei Tannenberg begrüßte. Er erinnerte an den Geist der Einigkeit, der sie damals befehl habe, und der wieder Allgemeinheit unseres Volkes werden müsse, wollten wir diese schwere Zeit mit Ehren bestehen. Er gedachte ferner der bevorstehenden Auflösung des Korps und schloß mit einem ergebenden Dank an die Toten der Schlacht von Tannenberg, deren Blut nicht vergeblich geflossen sein dürfe. Den Dank an die Großen und Treuen von Tannenberg schloß er in ein dreifaches Hurra zusammen, in das die Menge brausend einstimmte. Hierauf begrüßte der Bürgermeister Severing (Hohenstein) namens des sächsischen Grenzstädtchens, das neu aus seiner Asche entstanden ist, und zum Gelingen des Festtages sein Wäldchens beigetragen hatte, die versammelten Ostpreußen und Tannenbergekämpfer und gelobte für seine Gemeinde Treue zum Deutschtum bis zum Tode. Darauf begann der Redemarich der Truppenteile, den General Reibel befehligte.

### Der Kampf um die Schule

Der Erste Allgemeine Deutsche Evangelische Synodentag fand einen würdigen Auftakt in der Versammlung, die der Allgemeine Ev.-luth. Schulverein für Sonntag, den 31. August ins Dresdner Vereinshaus berufen hatte. Der Saal und die Ränge waren gefüllt.

Nach der Begrüßung durch den Direktor des Schulvereins, Dr. Kroyatschek, nahm Universitätsprofessor Konfitorialrat D. Silber-Rostock das Wort zu seinem Vortrag „Volkstümlichkeit und Religionsunterricht“. Vom Begriffe der Volkstümlichkeit ging er aus, die das ganze Volk umfassen müsse, aber auf dem Grunde des Bekenntnisses ruhen müsse. Nun läuft die neueste Zeit Sturm gegen diese ehrwürdige Vaterkirche; auf eine gewaltige Ausbreitung hätten die Gegner erst gehofft, aber zu unrecht! Die Kirche hat nicht zusammen, als sie aus dem Schatten des Staates heraustrat. Durch die Einführung des demokratischen Prinzips in die Kirchenverfassung, durch Abfassung von Bekenntnis und Religionsunterricht versucht man es jetzt. Doch vom Bekenntnis können wir nicht lassen, denn es ist das individuell stets neue Zeugnis eines tiefsten Erlebens und es schafft zugleich geistige, wahrhaft aufrichtige Gemeinamkeit aller Gleichgesinnten. Wo aber solle es hin, wenn der Religionsunterricht auf dem Grunde von Schrift und Bekenntnis abgeschafft werde? Recht und Sitte, jetzt in Scherben gegangen, kann keine zeitige Bildung, keine moralische Belehrung neu schaffen. Allein die Religion kann Rettung sein! So fahren wir uns um diese Güter: die Schrift, den Glauben und die Liebe, das Reich muß uns doch bleiben!

Nach einem kurzen Dankeswort des Vorsitzenden zeichnete Universitätsprofessor D. Bachmann in längerer Rede „Unsere Stellung im Kampf um den Religionsunterricht“. Er suchte Licht zu gewinnen für die erste Frage, welche praktischen Ziele hinsichtlich des Religionsunterrichts und seiner Stellung im Schulwesen in Kampf und Arbeit zu verfolgen seien. Zwei höchste Wünsche stellte er, zunächst einmal bei rein idealer Betrachtung der Dinge, einander an die Seite. Einerseits: Der Religionsunterricht durchdringt als allgemeine und organische Einrichtung der Schule selbst das ganze Schulwesen und also auch die Gesamterziehung der Schule an der Jugend unseres Volkes. Andererseits: Im Religionsunterricht kommt die Kirche mit dem Heiligum ihres Glaubens zum Wort und zur Geltung und umfaßt unterweisend und erziehend die ihr anvertraute Jugend. Wie schön, wenn beide Wünsche gleichzeitig und gleichmäßig in Erfüllung gingen! Tatsächlich treten sie aber heute deutlicher denn früher miteinander in Spannung. Die ganze ernste Schwierigkeit unserer Zeit ist damit ausgeprochen. Und abhängig sind wir dabei natürlich auch immer davon, was das Reich in seiner neuen Verfassung als geltendes Recht für die Schule bereits festgestellt hat und künftig zusammen mit den Einzelstaaten noch näher bestimmen wird. Einstweilen läßt nun die neue Reichsverfassung Raum für die Verfolgung jener beiden Wünsche. Aber es fragt sich, welchem von ihnen, wenn beide in Konflikt geraten, mehr Kampf und Arbeit zu widmen ist. Man kann vielleicht einen Ausgleich irgendwelcher Art zwischen beiden suchen — aber schließlich kann die Kirche bloß den Religionsunterricht anerkennen und erteilen und fördern, in dem aus dem wirklichen Geistes-

tum ihres Glaubens heraus die Jugend unterweisen und erziehen wird. Also ein Religionsunterricht auf dem Boden des biblischen Evangeliums! Das ist die Palme, um die wir ringen. Damit er aber nicht als Fremdkörper auftritt inmitten einer ganz anders gearteten Schulkwelt, gilt es, um ihn her ein christliches Gesamtschulwesen zu ordnen. Nicht als ob jenen, die sie nicht wollen, eine christliche Bekenntnisschule als Zwang auferlegt werden sollte. Aber christliche und evangelische Eltern sollen sich, ihres schönsten Rechtes und ihrer ernstesten Pflicht zugleich bewußt, überall zusammenschließen, um wenigstens für ihre Kinder ein solches christliches Schulwesen zu schaffen und zu schaffen, eine evangelische Bekenntnisschule, die nicht bloß so heißt, sondern das ist, was sie heißt. Grundvorsetzung und heilige Notwendigkeit zugleich ist es aber dabei, daß jener Religionsunterricht dann im Aufgebote jeder ihm zugänglichen geistlichen Kraft darum ringt, die Seele der Jugend auch wirklich zu erfassen und also gleichgültig glaubensmäßig zu sein und glaubenskräftig zu wirken. Nimmt uns dann die Zeit vielleicht etwas dahin von der bisherigen ersten oder äußeren Geltung des Religionsunterrichts, wohl an, so gilt es, diesen Verlust durch Steigerung seiner inneren Kraft auszugleichen, ja, in Gewinn zu verwandeln. Beide Redner ernteten lebhaften Beifall.

In dem Vortrag anschließend gab der Vorsitzende folgende Entschlieung der sich zu einem freien Verbande zusammenschließenden christusgläubigen Erziehungsbündnisse, Lehrer- und Lehrerinnenvereine bekannt, die im Blick auf den kommenden Kirchentag in Dresden und das in der Reichsverfassung vorgesehene Reichsschulgesetz erklären:

1. Wir lehnen die Simultanschule als Regel für die Staatsschule entschieden ab.
2. Wir protestieren gegen jede Vergewaltigung der Gewissens- und Glaubensfreiheit der Eltern und Erzieher auf dem Schulgebiete.
3. Wir sehen in den jetzt bestehenden sogenannten konfessionellen Schulen nicht mehr einen Schutz gegen einen vom Bekenntnis der Kirche abweichenden Religionsunterricht, sondern treten mit aller Entschiedenheit für die Begründung von freien, glaubens- und gesinnungseinigen Schulgemeinden ein, um auf diesem Wege zu Erziehungsschulen zu gelangen, deren Erziehungsideal auf biblischer Grundlage ruht.
4. Wir erwarten hierbei von allen bibelgläubigen Eltern, insbesondere von ihren berufenen Vertretern und Führern, tatkräftige Unterstützung, um die biblisch-christliche Erziehung der getauften Kinder im christusgläubigen Sinne und Geiste zu gewährleisten.

Allgemeiner Ev.-luth. Schulverein  
 Dr. Gerhard Propatschek, Geschäftsführender Direktor.  
 Deutscher Bund für christlich-evangelische Erziehung in Haus und Schule.  
 Dr. Winkler, Geschäftsführender Direktor.  
 Verband Deutscher Evangelischer Schul-, Lehrer- und Lehrerinnenvereine.  
 Rektor Adams, 2. Vorsitzender.  
 Frieda Gramer,  
 Vorsitzende des Verbandes Deutscher Evong. Lehrerinnen.  
 Verband Evangelischer Religionslehrerinnen.  
 Magdalene von Tiling, 2. Vorsitzende.

**Der Abtransport unserer Kriegsgefangenen**

Genf, 1. September. Sabas meldet, daß laut Beschluß des Rates der Alliierten der Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen am 20. September beginnt. Es gehen nach den bisherigen Vorbereitungen wöchentlich etwa sechs Transportzüge nach Deutschland. Der Abtransport soll bis 30. November abgeschlossen sein, vorbehaltlich der Ratifikation des Friedensvertrages in der Kammer.

Rotterdam, 1. September. „Daily Mail“ meldet: In England warten 100 000 deutsche Kriegsgefangene auf ihre Heimkehr. Für das französische Aufbaugesbiet sind 32 000 deutsche Kriegsgefangene aus England abgegeben worden.

Berlin, 1. September. Gegenüber den Auslandsmeldungen, wonach der erste Transport von 1000 deutschen Kriegsgefangenen Frankreich verlassen habe, glaubt die Waffenstillstandskommission alle Veranlassung zu haben, diese zum Teil auch von Neuter verbreiteten Nachrichten vorläufig noch ernst bezweifeln zu müssen. Die Verhandlungen mit dem Verband für die Rückkehr der Kriegsgefangenen sind noch nicht abgeschlossen. Die Transporte können demnach auch noch gar nicht begonnen haben. Vermutlich handelt es sich bei den vorliegenden Nachrichten nur um Verwundete und Kranke. Zutreffend ist, daß die deutschen Vorbereitungen zum Transport erst im Werden begriffen sind, aber auch daran trägt die Entente die Schuld, da sie durch den Friedensvertrag uns einer solchen Menge Wagen beraubt hat, daß der geringe noch vorhandene Vorrat fast ausschließlich zum Transport von Lebensmitteln gebraucht werden muß.

**Das Versailles Kohlenabkommen**

Berlin, 1. September. Die Verhandlungen über die deutschen Kohlenlieferungen, die dieser Tage in Versailles stattgefunden haben, sind am Sonnabend zu Ende gekommen. Es wurde ein Schlußprotokoll unterzeichnet, in dem alle Grundfragen behandelt werden und geregelt worden sind. Die Frage der deutschen Wagenstellung wurde im Einvernehmen mit der internationalen Transportkommission ebenfalls erledigt. Die von uns bereits mitgeteilten Bedingungen des Verbandes wurden von der deutschen Abordnung angenommen. Die Frage, wie weit Frankreich an der Mehrproduktion beteiligt sein soll, wurde auf folgender Grundlage geregelt: Steigt die Gesamtförderung Deutschlands über 108 Millionen Tonnen bis zu 128 Millionen Tonnen, so sind 60 Prozent der Mehrförderung, darüber hinaus 50 Prozent

zu liefern, bis das Höchstmaß der im Friedensvertrag vorgesehenen Pflichtlieferung erreicht ist. Fällt die Gesamtförderung unter 108 Millionen Tonnen, so wird die Entente die jeweilige Sachlage nach Anhörung Deutschlands prüfen und ihre Rechnung tragen. Diese Grundlage soll jedoch nur dann Geltung haben, wenn Deutschland mit den Kohlenlieferungen sofort beginnt. Trotz der außerordentlich schweren Bedenken, die deutscherseits auch gegen die Forderungen der Entente mit Rücksicht auf unsere Wirtschaftslage bestehen, hat sich die deutsche Regierung entschlossen, schon jetzt mit den Lieferungen zu beginnen. Sie hat sich hierzu im Vertrauen darauf verstanden, daß die Entente nicht auf den Lieferungen in der verlangten Höhe bestehen wird, wenn nachweislich die Wirtschaftslage Deutschlands dadurch erschüttert würde. Im gegenwärtigen Augenblicke war eine andere Lösung der bisherigen Frage nicht zu erzielen. Deutscherseits darf deshalb an die Einsicht aller Beteiligten, insbesondere auch der Arbeiter in den Bergwerken und bei den Eisenbahnen, appelliert werden, daß sie alles tun, was in ihren Kräften steht, damit durch eine Erhöhung der Förderungsziffern und durch eine raschere Herstellung von Beförderungsmitteln uns die Möglichkeit gegeben wird, der Entente den Beweis zu liefern, daß das deutsche Volk den ersten Willen hat, den Friedensvertrag loyal auszuführen. Auf der anderen Seite darf aber Deutschland erwarten, daß die Entente die Bedeutung unseres Entgegenkommens in der Kohlenlieferung nach Gebühr würdigt und im Verlaufe der ferneren Verhandlungen in Versailles den berechtigten finanziellen und wirtschaftlichen Wünschen Deutschlands Rechnung tragen wird.

**Zum Pfälzer Putz**

Ludwigshafen, 1. September. Die Volksbewegung in Ludwigshafen erreichte am Sonnabend ihren Höhepunkt. Für die französische Besatzung wurde die Gefahr so drohend, daß der Platzkommandant von Ludwigshafen es für ratsam hielt, alle Militärposten von den öffentlichen Gebäuden zurück zu ziehen und den Soldaten Anweisung zu geben, sich möglichst wenig und möglichst unauffällig auf den Straßen zu zeigen. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß die Abberufung des Oberkommandierenden der Besatzungsarmee in der Pfalz, General Gerard, und sein Ersatz durch General Kanolle erfolgt. Man bezeichnet General Gerard als denjenigen, der die Landauer Hochverräter in ihren Bestrebungen am meisten unterstützte, u. a. mit Geldmitteln. Der stellvertretende Regierungspräsident der Rheinpfalz Klingenberg hatte mit beiden Generalen Besprechungen. General Gerard hat nach einer Ludwigshafener Meldung schon am Freitagabend bei der Konferenz mit dem stellvertretenden Regierungspräsidenten formell sein Bedauern über die Erschießung der beiden deutschen Beamten ausgesprochen. Er erklärte, daß eine Untersuchung über den nächsten Vorfall eingeleitet sei. In Frankenthal und Landau haben ebenfalls Putzaktionen stattgefunden. Das Ziel der Verräter wurde nicht erreicht.

**Vorbereiten zur neuen Verfassung Preußens**

Berlin, 1. September. Das preussische Staatsministerium hat die Vorbereitungen für eine neue Verfassung Preußens begonnen. Die Landesversammlung dürfte voraussichtlich im Januar mit dem endgültigen Verfassungsentwurf für Preußen sich zu befassen haben, der die Aufhebung aller früheren Verfassungsbestimmungen, darunter auch die über den Belagerungszustand, bringen wird.

**Kalitransport nach England**

Amsterdam, 31. August. Die englischen Mägler melden, daß innerhalb der nächsten 14 Tage 40 000 Tonnen Kalifalz in England erwartet werden, die die britische Regierung von Deutschland gekauft hat und deren Wert auf einige 100 000 Pfund Sterling geschätzt wird. Wie „Daily Chronicle“ meldet, ist dieses Kali für die britischen Korbauer, unter denen es verteilt wird, von sehr großem Wert, da in England ein sehr großer Mangel an chemischen Düngemitteln besteht.

**Der Ruf nach deutscher Hilfe**

Mitau, 1. September. Die Lage an der estnisch-lettischen Front bei Pleskau ist äußerst bedrohlich. Der Frontdurchbruch der Bolschewisten ist vollständig gelungen. Die lettische Regierung befördert baltische Landwehrbeschlennigt an die Front. Nach Abtransport der baltischen Landwehr stehen der lettischen Regierung in Kurland keine nennenswerten Truppen mehr zur Verfügung. Es sind örtliche Aufstände von Bolschewisten in den von den deutschen Truppen geräumten Gebieten ausgebrochen. Russische, lettische und baltische Zeitungen beurteilen die Lage sehr ernst. Die Stimmen, die deutsche Unterstützung fordern, mehren sich ständig.

**Zusammenschluß der Deutschen in Böhmen**

Die Prager Organisationen der deutsch-bürgerlichen Parteien und der national-sozialistischen Arbeiterpartei haben sich mit Ausschluß der deutschen Sozialdemokraten zu einem „Deutschen Arbeitsblock für Großprag“ zusammengeschlossen, der zunächst für Großprag bestimmt, seinen Wirkungsbereich später auch auf die übrigen deutschen Niederherthen im geschlossenen tschechischen Sprachgebiet erstrecken soll. Im Vollausschuß des Einheitsblocks sind die Deutsche Fortschrittspartei, die Deutsche Nationalpartei, die Deutsche christliche Volkspartei, der Bund der Landwirte, die Deutsche national-sozialistische Arbeiterpartei und die parteilosen Deutschen vertreten.

**Parteinachrichten**

**Der westfälische Zentrumsparteitag**

Samstag, 29. August  
 Zu einem westfälischen Parteitag waren heute im katholischen Vereinsbau die Vertreter des Zentrums versammelt. Ihre große Zahl konnte der geräumige

Saal kaum fassen, so daß viele mit einem mehr als bedrückenden Stehblütchen sich begnügen mußten. Aus allen Teilen der Provinz waren die erwählten Vertreter der westfälischen Zentrumspartei erschienen, um in den wichtigsten politischen und kulturellen Fragen der Zeit Klärung und Rechenschaft zu geben und zu hören, um neue Anregungen auszutauschen zur Vertiefung und Ausbreitung der Zentrumspolitik.

Mit einer kurzen herzlichen Begrüßung der Abgeordneten und Vertrauensleute der Partei leitete Rog. Landesökonomierat Herold die Tagung ein. Unter anderen Rednern sprach Reichsgerichtsrat Purlage über das gesamte Gebiet der Steuerfragen und der Reichsfinanzreform. Das Gesetz betreffend Kriegsabgaben vom Vermögenszuwachs wolle die Kriegsgewinnler fassen. In den kleinen Vermögensgrenzen lasse es gewiß Milde walten. Es mache vor der Sparsamkeit und der Mühsertum seine Reuerenz. Zu beachten sei, daß ein großer Teil der Kriegsgewinne in Renanlagen der Betriebe investiert sei. Diese ganz herauszunehmen zur Besteuerung würde Arbeitslosigkeit und Zusammenbruch der Betriebe herbeiführen. Daher lasse das Gesetz Stundung zu. Das Zentrum habe erreicht, daß die Stundung dann eintritt, wenn zu befürchten ist, wenn Arbeitsentstellungen oder wesentliche Einschränkungen zu befürchten sind. Die Erbschaftsteuer habe im Volke eine nicht unberechtigte Erregung hervorgerufen. Sie sei aber erträglich bei den mittleren und kleinen Vermögen, eine schwere Last wohl für die Milliardenvermögen, aber die Not des Landes bedürft hier ein scharfes Anzeichen. Die Zentrumspartei habe manche Verbesserungen in das Gesetz gebracht, soweit es handgreifliche Ungerechtigkeiten für bäuerliche und handwerkliche Betriebe enthielt. Weiter habe das Zentrum erreicht, daß der Besteuerung der Grundstücke der Ertragswert zugrunde gelegt werde. Das Gesetz betr. Reichsnotopfer wolle der ungeheuren Not des Landes steuern. Seine Ausföhrung werde den erschreckenden Rückgang des Marktes unserer Saluta wesentlich beherrschend beeinflussen. Ohne Reichsnotopfer würde der Staatsbankrott mit all den schlimmsten Folgen für das gesamte Wirtschaftsleben unausweichlich sein. Die Grunderwerbsteuer sei in ihrer Wirkung erträglich. Auch hier habe die Partei wesentliche Erleichterungen erzielt, die es ermöglichten, daß das Gesetz ohne schwere Eingriffe sich ausführen läßt. Die Umsatzsteuer bezeichne der Redner als fernes, vielleicht „vernünftiges“, aber mächtiges Werk. Ohne eine solche durchgreifende indirekte Steuer sei nicht durchzukommen, sie sei nicht zu umgehen. Das Zentrum werde bestrebt sein, unsoziale Seiten des Steuerentwurfes zu vermeiden. Einen Antrag dahin habe es schon eingebracht. Bei der Reichseinkommensteuer müsse Generalaushilfe gefunden werden. Man sehe in einer Finanzreform allergrößten Stiles, die notwendig geworden durch den Zusammenbruch des Finanzgeborens während des Krieges. Im Steuerprogramm Erzbergers liege System. Bei der Ausföhrung der Steuererlasse müsse als erster Grundsatz gelten, Gerechtigkeit und Gleichmäßigkeit. Solch schwere Lasten könnten nur gleichmäßig getragen werden. Man müsse die Steuerdrückeberger restlos erfassen. Der Redner schloß seine Ausführungen mit dem Satz: Nur Mut, es wird nicht schief gehen!

Die Vorträge gaben alsdann Stoff zu einer lebhaften Aussprache, bei der auch gegenteilige Meinungen zum Ausdruck kamen.

Eine erfreuliche Note gab der Tagung das Auftreten des Rechtsanwaltes Stadtverordneter von Rehbinder-Berlin. Er stellte sich als evangelisches Mitglied der Zentrumspartei vor und berichtete über die Zentrumsgemeinde evangelischer Christen in Berlin. Die Gründe, die für den Anschluß gläubiger Evangelischer an das Zentrum vorliegen, bestehen unvermindert weiter. Er werde alles tun, die Evangelischen zur Wahrung ihrer eigenen kulturellen Güter zum Eintritt in die Zentrumspartei zu veranlassen. Den evangelischen Zentrumsmännern erwünschen die gleichen Pflichten, wie den katholischen, man dürfe ihnen aber auch die gleichen Rechte — auch bei der Mandatsverteilung — nicht vorenthalten. — Die vorgelegten Anträge wurden einstimmig gebilligt und in einer Entschlieung wurden den Zentrumsfraktionen volle Zustimmung und uneingeschränktes Vertrauen ausgesprochen.

**Nachrichten aus Sachsen**

**Die Milchpreise**

Für die Milchversorgung der städtischen Kommunalverbände haben sich dadurch gewisse Schwierigkeiten herausgestellt, daß die außerstädtischen Gebiete in den letzten Wochen die Milchpreise heraufgesetzt haben. Die außerstädtischen Lieferungen nach Sachsen stöhen dadurch auf erhebliche Schwierigkeiten. So sieht sich die Stadt Leipzig bereits seit einiger Zeit gezwungen, den Unterschied zwischen den sächsischen Höchstpreisen für Milch und den außerstädtischen Preisen aus städtischen Mitteln auszugleichen, was auf die Dauer unumgänglich ist. Auch die innerstädtischen Lieferungen sind durch den in Sachsen niedrigeren Milchpreis mehr und mehr erschwert.

Eine Sitzung im Wirtschaftsministerium am 28. August, zu der neben den Vertretern der Produzenten und Verbraucher auch Vertreter der städtischen und ländlichen Kommunalverbände sowie der Molkereien und des Milchhandels zugezogen waren, hat sich mit diesen Schwierigkeiten beschäftigt. Nach ausgedehnter Aussprache wurde eine Kommission eingesetzt, in der Vertreter der beteiligten Interessentkreise, insbesondere der Landwirte und der Verbraucher, demnächst unter Beteiligung des Landespreisesamtes die für die Milchversorgung, insbesondere für die Rentabilitätsberechnung der Erzeugung, vorliegenden Unterlagen prüfen und dem Wirtschaftsministerium weitere Vorschläge unterbreiten soll. Die Kommission wird schon in dieser Woche ihre Arbeit aufnehmen.

Der Reichspräsident in Leipzig

Leipzig, 2. September. Reichspräsident Ebert und Reichswehrminister Noske trafen heute vormittag 10 Uhr 30 Min. mittels Sonderzuges von Dresden kommend auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein, wo sich die Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden zur Begrüßung eingefunden hatten. Der Reichspräsident begab sich von hier zum Rathaus, während Reichswehrminister Noske einige militärische Anlagen besichtigte. Um 11 Uhr fand ein Empfang im Rathaus durch den Aufsichtsrat und den Vorstand statt, woran sich ein Rundgang durch die Messe angeschlossen, bei welcher Gelegenheit auch ein kleiner Imbiß im Keller des Rathauses eingenommen wurde. Das Mittagessen fand in der „Harmonie“ statt, worauf in den Nachmittagstunden noch ein weiterer Rundgang durch die Messe stattfand. Abends 7 1/2 Uhr war eine Begrüßung durch die Leipziger Handelskammer verbunden mit Abendimbiß geplant, worauf 1/29 Uhr die Abfahrt der beiden Reichsvertreter vom Hauptbahnhof aus erfolgte.

Chemnitz, 31. August. In der Nacht vom 30. zum 31. August um 10 1/2 Uhr um 12 Uhr und um 3 Uhr nachts haben jedesmal etwa sechs Personen vergeblich versucht, in das Gefängnis auf dem Kessberge einzudringen. Sie wurden unter Gebrauch der Waffen abgewiesen. Eine Person ist momentanlich festgenommen worden. Die weiteren Untersuchungen sind im Gange.

Chemnitz, 1. September. Ankauf von Waldbeständen durch die Stadt. Der Rat der Stadt bewilligt in seiner letzten Sitzung auf Vorschlag der Ortskohlenstelle ein Berechnungsgeld in Höhe von 500000 Mark zum Erwerb von Waldbeständen für die Gewinnung von Brennholz im kommenden Winter. Die Chemnitzer Kriegerfriedung, die ihre Siedlungstätigkeit in der Hauptsache auf den Stadtbezirk Chemnitz beschränkt, beabsichtigt, diese auch auf den Bezirk der Amtshauptmannschaft Chemnitz auszuweihen.

Plauen i. V., 1. September. Die Eröffnung der Volkshochschule Plauen erfolgte am Sonntag. Die Vorlesungen und Übungen begannen heute Montag im Gebäude der städtischen Oberrealschule. — 450 Gefangene von der Mackensen-Armee trafen hier ein und wurden auf dem Hauptbahnhof begrüßt. Etwa 50 Mann waren aus Plauen und Umgebung; die anderen fuhrten mit den nächsten Zügen weiter. Die Leute sahen wohl aus und erklärten ihre Zufriedenheit mit der Behandlung in der Gefangenschaft.

Aus Dresden.

Der Kampf gegen den Schleichhandel, namentlich auch in Gastwirtschaften, wird von den Beamten des Kriegswucheramtes bzw. der Vollzugsabteilung des Landespreisesamtes energisch fortgesetzt. In letzter Zeit ist wieder eine Reihe von Speisehäusern in und außerhalb Dresdens, zum Teil wiederholt daraufhin nachgeprüft worden, ob marktpflichtige Speisen ohne Marken abgegeben wurden. Bei Unregelmäßigkeiten wurde gleichzeitig eine Hausdurchsuchung nach Schleichhandelsware und Hamstervorräten vorgenommen. In allen Fällen, wo sich Verstöße zeigten, ist Anzeige bei der zuständigen Staatsanwaltschaft erstattet worden.

Die Unsicherheit in Dresden nimmt Umfang und Formen an, denen gegenüber der behördliche Schutz unzulänglich erscheint. Geschäfts- und Taschendiebstähle, Raub- und Einbrüche, werden nahezu eine alltägliche Erscheinung. Ueber nächtliche Schieberien regt sich niemand mehr sonderlich auf, denn trotz des Belagerungsstandes und Waffenverbots führen die meisten Missetäter Waffen bei sich, dort, wo das Waffenverbot wirken soll, verlagert es, während es dem Bürger die Möglichkeit nimmt, zur Selbsthilfe zu greifen, um sein Leben und Eigentum zu verteidigen. Man

schiebt dem Vertriebenen die Schuld an der Verrohung der Sitten und Verwirrungen der Rechts- und Eigentumsbegriffe zu. Mehr als der Krieg tragen die Vorgänge nach dem Siege die Schuld daran. Die Revolution und ihre Begleiterscheinungen haben auch in moralischer Hinsicht verberbernd gewirkt und tun es noch. Die Regierung, die selbst die Autorität des alten Staates vernichtet hat, kann für sich keine Autorität erziehen noch erzwingen. Ohne Autorität gibt es aber keine Ruhe, Ordnung und Sicherheit, ja auf die Dauer keinen Staat. Das Bürgerrechtum ist allein befähigt, die Grundlage für Besserung der Verhältnisse zu schaffen. Dazu bedarf es einer festen, reiflichen Organisation in jeder einzelnen Stadt. Möge es das erkennen und darnach handeln, ehe es zu spät ist.

Theaternachrichten

Dresden, 31. August. Centraltheater. Mit einer neuen Operette von Oskar Strauß begann gestern die Winterzeit. Das Werkchen heißt „Eine Ballnacht“ und sein Buch entstammt der Feder der verstorbenen Herren Jacobson und Bodanzki. Man könnte meinen, es handle sich da um eine „zeitgemäße“ Verherrlichung der Tanzerei und darob die Nase rümpeln. Dem ist aber nicht so. Ein junger Herr lernt nachmittags in der Stadt eine lebenswerte Dame kennen ohne zu wissen, daß sie seine zukünftige Braut ist, die ihm am Abend auf einem großen Ballfest vorgestellt werden soll und die er, die Traktion hoffend, schon jetzt verachtet. Komische Götter anderer Art empört, daß für fünfzig Pfennig der sich ihr mit Namen zu erkennen gab, es wagt, an einem solchen Tage andere Damenbesuchern zu suchen. Sie findet Rache. Da ist eine kleine Probiermahlzeit mit Neigung zur Romantik. Sie möchte gern mal eine große Dame sein, einen feinen Ball erleben, bevor sie ihrem Bräutigam, dem eifersüchtigen Kommissar Willi Böser, die Hand zum ewigen Bund reicht. Komische Götter engagiert das Mädel zur Fokkenbung der Rache als ihre Stellvertreterin. Was nun folgt, braucht nicht erzählt zu werden, es gericht auch an Mann dazu. Jedenfalls geht alles gut aus. Die Idee hebt sich vorteilhaft von den meisten Drogenbergwerken ab und auch die Musik von Strauss, die wieder öfters Offenbachschen Geist anmerkt, interessiert mit ihren hübschen Einfällen und dem prächtigen Orchesterklang. Unter Omar Lang und Fritz Kerner gab es eine tadellose Aufführung mit vielen Wiederholungen und Hervorwürfen. Von den Hauptdarstellern gebührt Oskar Wagner, Otto Marik, Arthur Heyroth, Josefine Kitzinger und der neuen, gewandten Soubrette Käthe Mann alle Anerkennung. Zek.

Dresden, 30. August. (Alberttheater.) Mit der hübschen Reinholdsdichtung der alten Reithauschen Waise „Einen Jux will er sich machen“ hat die Reithauschen Bühne entschieden einen guten Griff gemacht. Das ist ein Gebiet, das sie mit Liebe und Sorgfalt pflegen sollte statt des literarischen Unfugs, dessen sie sich in neuerer Zeit so warm angenommen hat. Ueber das in Dresden oft gepflegte, in seinen letzten Sophismen mitunter an Schalepäre gemahnende Stück braucht es keiner Worte; noch heute habe der lachende Kommissar Weinert, der schlaue Lehrbuch Christophel und der plump-dreiste Hausknecht Melchior nicht an Wirkung eingebüßt. Die Harmlosigkeit dieser lustigen Typen hinterläßt vielmehr gerade in heutiger Zeit einen wohlthuenden Eindruck und bringt echte Fröhlichkeit auf. Das Verdienst für den genährten Abend gebührt zunächst Herrn Dr. Schreiber, dessen Bearbeitung und Ergänzung nicht allein ist, dann auch den Dekorationskünstlern des Alberttheaters, die einen sehr hübschen Rahmen schufen und nicht zuletzt natürlich den Hauptdarstellern. Gustav Nothe als Weinert ist so schelmisch als je und ein guter Kumpelkämpfer. Wilhelm Flamm spielt den Christophel außerordentlich beweglich und Franz Stein bietet als Melchior, bei dem er das tschechische Idiom anklängen läßt, ein wahres Stabierstückchen drastischen Humors. Das 80 Jahre alte Stück löste eine Premierenstimmung aus. Zek.

Kirchliche Nachrichten

Das notwendige Buch für die Mission

Als notwendiges Buch für die hl. Mission wurde nützlich von einer Dresdner Kanzel aus das Laudate, das Diözesanangebetbuch, bezeichnet. Dem, der es tat, geben wir vollkommen und gern recht. Die Mission muß jedem, der das Leben der Gemeinden bei ihrem Gottesdienst kennt, als geeigneter Anlaß erscheinen, den stichlichen Volks- und Gemeindegesang zu heben. Und wir freuen uns, wenn in Aussicht genommen wird, bei recht vielen Missionsveranstaltungen das Volk singen zu lassen. Es ist schwer, bei der noch ihrem heimlichen Ursprung so verschiedenartig ge-

sammengesetzten kathol. Bevölkerung Sachsens zu einem guten deutschen Gemeindegesang zu kommen. Aber unmöglich ist es nicht. Schlesiern und Böhmen, Rheinländer und Bayern, Ostpreußen und Westfalen müssen nur den guten Willen haben, sich an das hier eingeführte Gesangbuch zu halten und zu gewöhnen. Sie können das auch um so lieber, als doch auch unser Gesangbuch die vor dem deutschen Bisthümern vorgeschriebenen Einheitslieder hingelegt sind. Ueber ihre textliche und musikalische Güte darf, wie in der Sächsischen Volkszeitung bereits vor Jahren von berufener Seite einmal ausgeführt wurde, gar nicht disputiert werden; wenigstens nicht in dem Sinne, daß man sie ablehnt oder nicht einübt. Wollen wir den Bisthümern nicht gehorchen, dann kommt es nie zu einer Einheitsfeier. Und aus diesem Grunde möchten wir auch sehr empfehlen, daß bei größeren Veranstaltungen das Laudate unbedingt nach den Noten der Einheitslieder gesungen wird. Wir möchten daran erinnern, daß dies in den letzten Monaten gerade auch in Dresden nicht geschehen ist. Damit werden nicht nur die Angehörigen der Gemeinden bestraft, in denen Pfarrer und Organist die Verordnungen der Bisthümern folgten, sondern es wird auch gegen die Einheit gesündigt, und unter Umständen der Zweck vereitelt, dem das Singen einer oder der anderen Strophe eines geistlichen Liedes bei großen katholischen Versammlungen dienen sollte. Allerdings möchten wir uns auch die Bemerkung gestatten, daß das Lied „Großer Gott, wir loben Dich“ nicht bei allen Veranstaltungen gerade immer das passende oder überhaupt das einzige ist, das in Betracht kommt. Wir stellen uns z. B. vor, daß vielleicht beim kommenden Katholikentag das Lied „Wir sind im wahren Christentum“ nach dem Urteil kompetenter Persönlichkeiten viel mehr in Frage kommt. Wir erlauben uns, den Vorschlag zu machen, daß die Herren Pfarrer und Organisten gerade dieses Lied jetzt öfter beim Gemeindegottesdienst singen lassen möchten, so daß Text und Melodie den Gläubigen in Fleisch und Blut übergeht. Dann brauchen die Besucher des Katholikentages ihr Reiterdäselein nicht erst mit dem Laudate zu beschweren. Doch dabei bleibe's, daß wir die Anschaffung des Laudate unsern sächsischen Glaubensgenossen trotz aller weltlichen und vermeintlichen Fehler nicht dringend genug ans Herz legen können, u. z. nicht nur aus dem Grunde, weil es später vielleicht noch teurer werden könnte, sondern hauptsächlich deshalb, damit wir auch in allen sächsischen katholischen Gemeinden endlich zu dem so erbaulichen Gemeindegesang kommen, der mit seiner Wucht und seiner Innigkeit gewiß viel zur Erhöhung der Andacht beitragen kann. Wer besonders auch im Westen Deutschlands den bischöflichen Volksgefang gehört hat, wird sich der Meinung anschließen, daß der Gesang im Gotteshause auch von den Erwachsenen (und nicht etwa nur von den Kindern) gepflegt werden soll.

Die Volksmissionen mit ihrem guten Besuch des Gottesdienstes können dem besseren Gebrauch des Diözesanangebetbuches sehr gut die Wege bereiten.

Das notwendige Buch für die hl. Mission ist das Laudate. Aber man darf auch nicht zu faul sein, es zum Gottesdienst mitzubringen.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Dresden. Kath. Bürgerverein. Unsere Mitglieder werden auf die am Mittwoch, den 3. September, abends 8 Uhr im katholischen Betsaale stattfindende Sitzung hiermit besonders hingewiesen. Es wird an diesem Abende ein ausführlicher Bericht über die Vorkarbeiten für den Sächsl. Katholikentag gegeben werden. Außerdem sind noch im Zusammenhang damit wichtige Beschlüsse zu fassen, so daß es für jedes einzelne Mitglied unbedingt Pflicht ist, an der Sitzung teilzunehmen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: J. B. Dietrich u. Weber; für den Inzeratenteil: Peter Schrader. — Druck und Verlag der „Sächsischen Volkszeitung“ u. o. d. B. in Dresden.

Dresdener Lehranstalt für Musik

Direktor: Organist Paul Walde. Dresden-Neustadt Melanchthonstraße 25. Sprechz. 19-1. \* Fachschule für alle Zweige der Tonkunst für Beruf und Haus \* Vorschule und Ausbildungsschule (Grund-, Mittel-, Oberstufe) : Aufnahme von Einzel- und Vollschiilern für Klavier, Orgel, Harmonium, Streich- und Blasinstrumente, Gesang, Laute, Mandoline u. s. w. Theorie, Zensurausschuss, Musikgeschichte, Disziplinübung, Kirchenmusik : Schüler-Orchester- und Chorklassen : Musikwissenschaftliche Vorträge, Kompositionen-Absende, Schüler-Vortragsabende und öffentl. Aufführungen : Eintritt jederzeit : Anmeldegn. wochentags 8-7 Uhr

Für jedermann etwas!

Freie Bahn dem Tüchtigen! Ein Helfer bei der Berufswahl im neuen Deutschland von Otto Seiffert. 119 aussichtsreiche Berufe für Männer und Frauen werden in eingehender Weise erörtert. Anleitungen zu erfolgreichem Vorwärtskommen. Preis 3,00 M. Das Vorwärtskommen nach dem Kriege. IV. Aufl. 226 S. Preis geb. 4,50 M., geb. 5,50 M. Die Praxis der Redekunst und die Ausbildung zum Volksredner. Preis geb. 4,50 M., geb. 6,00 M. Die Lebensführung im hohen Alter von Dr. Jos. Hermann VI. Aufl. Preis brosch. 2,20 M., fein geb. 3,30 M. Verlängere dein Leben! Sicherer Weg zur Erreichung eines hohen und gesunden Alters von Dr. E. Richter. Preis brosch. 2,75 M., in Leinen geb. 4,40 M. Der hausärztliche Ratgeber nach der Naturheilmethode nebst Hausapotheke von H. Daul. Preis brosch. 2,21 M., geb. 3,30 M. Was fehlt mir und wie werde ich gesund? von Dr. W. Bohn. III. Aufl. Preis brosch. 3,75 M., fein geb. 5,50 M. Wie bauen wir heute billige Kleinhäuser und Kriegerheimstätten? von Architekt Baetz. Preis 1,40 M. Mietswohnung oder Eigenhaus? von Architekt Werner. Preis 1,40 M. Das große Buch der Einmachekunst von G. Gärtner. brosch. 2,10 M., geb. 3,00 M. Das große Buch der kalten und warmen Getränke von R. Andek. Preis 1,85 M. Aufgaben für Erlinder. Eine Sammlung von Erfindungsproblemen von Ing. C. Bloch. geb. 3,85 M. Neuer Tafelredner. Original Toaste und Tischreden von G. Kellmann. brosch. 2,20 M., geb. 3,30 M. Neuer Briefsteller für alle Lebenslagen von Dr. E. Becker. Preis 2,00 M. Deutsch richtig sprechen u. schreiben von Dr. H. Kube. brosch. 2,75 M., geb. 3,85 M. In bez. durch Anton Schulz Buchhlg. Leipzig 10. Hauptmannstr. 9. Postschiffdach.

Vom tiefsten Schmerz gebeugt gehen wir die traurige Nachricht, daß unsere liebe Tochter und Niemand Schwester Maria Schittenhelm durch Unglücksfall in Bad Kissingen, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, sanft im Herrn entschlafen ist. Die tieftrauernden Hinterbliebenen. Um das Almosen des Gebetes wird ersucht. Dresden, 2. September 1919.

G. Wipfli & Co. : Elektrische Anlagen : Motoren, Licht, Klingel, Telefon. Spez.: Autom. Treppenbeleuchtung Umbauten — Erweiterungen Reparaturen Dresden-Altstadt, Elisenstraße 70 Fernr. 17257

3-4 Zimmerwohnung zum 1. Oktober in Dresden oder einem Vororte Dresdens gesucht. Beste Zuschriften unter „R. G. 4324“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Katholischer Kaufmänn. Verband „Lydia“ Donnerstag, den 4. Sept. im Katholischen Gesellenhaus Heiterer Theaterabend ausgeführt vom dram. Verein „Lützow“ : Darnach geselliges Beisammensein : Theaterdauer von 7 bis 1/2 9 Uhr : Eintrittspreis 1 Mark

Sommersprossen, braune, fleckige Haut, Leberflecke verschwinden wie abgewaschen, auch Pickel, Mitesser. Auskunft frei, nur Rückmarke beifügen. Heinrich Deicke, Wackersloben, Prov. Sachs. Fühneraugen, Ballen, Hornhaut, Warzen, werden schmerzlos, sicher und schnell beseitigt durch Biltz Fühneraugensalbe Dose 2/2, 0/0. Fabrikant und Vertrieb Apotheker Wilhelm Draescl, Erfurt, u. haben in der Stern-Apotheke, Dresden-Löbtau, Reissewitz Straße 13

Kath. Bürgerverein Dresden. Mittwoch, 3. Sept. abends 8 Uhr (Katholisches Gesellenhaus) Vereinsversammlung. Bericht über die Vorkarbeiten zum Sächsischen Katholikentag. Zu dieser wichtigen Sitzung erbitet regste Beteilung. Der Gesamtverband. Gesucht für 1. Oktober zu einzelner Dame einfache Stüge. Näheres Unterer Kreuzweg 5 part. in den Vormittagsstunden oder gegen 3 Uhr.